

PROTESTSCHREIBEN – Die Konferenz der Gewerbe- und Industrievereine (KGIV) hat sich beim Finanzdienstleister Worldline/Six Payment Services über die gestiegenen Transaktionsgebühren nach der Einführung von Visa Debit und Debit Mastercard beschwert – mit Erfolg.

Händler erwirken Kommissionsobergrenze

Für gewöhnlich gehen Einführungen von neuen Kredit- und Debitkarten ohne grosse Nebengeräusche über die Bühne. Allfällige Differenzen werden von Finanzexperten im Hintergrund bereinigt, ohne dass die breite Öffentlichkeit je davon Wind bekommt. Doch diesmal ist es anders: Visa Debit und Debit Mastercard sorgen seit der Lancierung im vergangenen Herbst für viel Gesprächsstoff – im positiven wie negativen Sinn: Während sie für Konsumentinnen und Konsumenten viele Vorteile bringen, da sie beispielsweise für das Online-Shopping benutzt werden können, sind die neuen Karten für Händler angesichts der höheren Kommissionen ein grosses Ärgnis (der Standpunkt berichtet). Ein Beispiel? Bei einer Transaktion über 100 Franken zahlt ein Händler entweder 28 Rappen (Maestro) oder 1.05 Franken (Visa Debit) – im zweiten Fall also beinahe viermal mehr. Die in der Schweiz sehr beliebte Maestro-Karte wird im Verlauf dieses Jahres vom Markt genommen.

Der Widerstand gegen diese finanzielle Mehrbelastung wächst in allen vier Landesteilen. Im Baseltal gibt **Christine Tschan**, Präsidentin des Gewerbevereins Sissach und Umgebung, als Sprachrohr der Unzufriedenen. Auch innerhalb der KGIV, der Konferenz der Gewerbe- und Industrievereine, hat sie als Mitglied das Thema auf den Tisch gebracht und das Bewusstsein der anderen lokalen Gewerbepräsidentinnen und -präsidenten für das Problem geschärft. Die interne De-

batte ist schliesslich in einem Protestschreiben gegipfelt, das vor Ostern an Worldline/Six Payment Services zugestellt wurde. Der Finanzdienstleister mit Sitz in Zürich verarbeitet die Transaktionen, die zwischen Konsumenten und Händlern abgewickelt werden. Für diese Dienstleistung verlangt das Unternehmen von den Händlern pro Transaktion eine betragsabhängige Kommission.

Keine übertriebenen Forderungen

Im Brief verlangt die KGIV, eine Fachkommission der Wirtschaftskommission Baselland, von Six, die Gebühren für die neuen Debitkarten deutlich nach unten zu korrigieren. Zusätzlich wird eine Limite der Kommissionen bei grösseren Beträgen, wie vom Preisüberwacher empfohlen, gefordert. Für die Baselbieter Gewerbetreibenden sind dies keine übertriebenen Forderungen, denn für das europaweit tätige Unternehmen sei «ein guter Verdienst, dank der zu erwartenden höheren Zahl an Kundinnen und Kunden, trotzdem garantiert», heisst es im Protestschreiben.

Die Antwort von Worldline/Six Payment Services liess nicht lang auf sich warten. Per Videochat mit der KGIV-Geschäftsstelle nahmen Marc Schlupe, Managing Director Switzerland, und Adrian Elmiger, Head of Merchant Services Switzerland, zu den Hintergründen rund um die Einführung der neuen Debitkarten Stellung. Beide legen Wert auf die Feststellung, dass die Lancierung eine Entscheidung der Ban-



Die neuen Debitkarten können für das Online-Shopping benutzt werden. Bild: zvg

ken in Zusammenarbeit mit den Kartenorganisationen Mastercard und Visa war. Die Aufgabe von Six sei es lediglich, die sichere und problemlose Akzeptanz aller Karten im Handel zu ermöglichen.

Ein Preis, drei Komponenten

Ebenfalls gelte es zu beachten, dass die Gebühren – ein Fixbetrag pro Transaktion plus einen Prozentsatz vom Rechnungsbetrag – zwar von Six erhoben würden. Unter dem Strich stehe dem Unternehmen allerdings nur ein kleiner Teil zu, betont Schlupe und Elmiger. Konkret: Wenn Six bei einer Transak-

tion mit Visa Debit dem Händler einen Franken an Kommission in Rechnung stellt, dann darf sie tatsächlich nur die Acquiring Service Charge von 25 Rappen behalten (Servicegebühr zur Abdeckung der Leistungen). Das grösste Stück des Kuchens, nämlich 55 Rappen, geht mittels Interchange Fee an die Banken, und die restlichen 20 Rappen muss Six den Kartenanbietern Visa und Mastercard entrichten. Es sind drei Komponenten, die den Gesamtpreis für die Händler ausmachen.

Nach diesen nüchternen Erklärungen folgte dann die gute Nachricht: Die Kommissionsobergrenze,

KGIV-SITZUNG

Die Ausführungen von Marc Schlupe und Adrian Elmiger von Worldline/Six Payment Services waren am letzten Dienstag auch Thema der ersten (virtuellen) KGIV-Sitzung des Jahres. Nach der kurzen Zusammenfassung des Videochats durch die Geschäftsstelle zeigten sich die Präsidentinnen und Präsidenten der lokalen Gewerbevereine froh darüber, dass der Schweizerische Gewerbeverband nun seinerseits in der Sache auch aktiv geworden ist. Haupttraktandum der Sitzung war jedoch die Vorstellung der Geschenkkarte von Boncard Payment & Services AG anhand des Beispiels KMU Muttenz.

Die Gewerbevereine konnten sich dank der Erläuterungen von Stefanie Kälin und KGIV-Präsident Beat Huesler ein detailliertes Bild über das Angebot machen. Wie gross das Interesse wirklich ist, wird sich im Verlauf der kommenden Monate zeigen. lv

wie im Protestschreiben angeregt, wird kommen! «Mit dem Preisüberwacher sind wir übereingekommen, dass das Dach 2 Franken bei Transaktionen mit Debit Mastercard und 3.50 Franken bei solchen mit Visa Debit betragen wird», erläuterte Marc Schlupe. Dies solle in Kürze offiziell kommuniziert werden.

Loris Vernarelli

BERUFSBILDUNG – Die beliebte KV-Lehre soll mit der Reform «Kaufleute 2022» neu konzipiert werden. Allerdings schießt die Projektgruppe mit ihren Vorschlägen im Alleingang am Ziel vorbei und sieht ein viel zu kurzes Zeitfenster vor. Es regt sich Widerstand.

Urs Berger: «Eine Ausbildung muss machbar sein»

Urs Berger, Leiter Berufsbildung bei der Wirtschaftskammer Baselland, ist skeptisch gegenüber der geplanten Reform der KV-Lehre. «Mit dieser Reform wird das weltweit geschätzte Schweizer Bildungssystem aufs Spiel gesetzt», sagt er. Die Reform berücksichtige die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht, nehme zu wenig Rücksicht auf die digitalen Anforderungen, die in den nächsten Jahren wachsen würden, und führe zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft, sagt Berger.

Ausserdem verfolge die Reform, die seit 2018 von der Konferenz der kaufmännischen Ausbildungs- und Prüfungsbranchen (SKKAB) vorbereitet wird, einen viel zu engen Zeitplan. Die Einführung der Neuerungen ist, wie der Arbeitstitel des Reformpakets «Kaufleute 2022» ankündigt, bereits auf das Schuljahr 2022/2023 geplant. «Für eine solide Überarbeitung müssen mindestens fünf Jahre eingeplant werden. So etwas macht man nicht einfach so im Schnellzugstempo und mit der Dampfwalze», findet Berger.

«Vor den Kopf gestossen»

Ihn stört auch, dass die Reform «in der stillen Kammer» erarbeitet wird und komplett an den Bedürfnissen der Wirtschaft vorbeiführt. «Die Ausbildungsverantwortlichen und ihre Betriebe sowie die Lernenden fühlen sich vor den Kopf gestossen.» Bis am Dienstag dieser Woche konnten interessierte Kreise gegenüber der

SKKAB Rückmeldungen zur geplanten Reform geben. Die negativen Reaktionen sind dabei kaum zu überhören. Auch das Baseltal hat sich innerhalb des Bildungsrates und der zuständigen Regierungsrätin und Bildungsdirektorin **Monica Gschwind** kritisch geäussert.

Der Gegenwind bläst durchaus aus der ganzen Schweiz. Der Aargauer Regierungsrat **Alex Hürzeler** erachtet einige angedachte Reformpunkte als «nicht haltbar», grosse Skepsis kommt auch aus den Reihen von Zürcher Wirtschafts- und KV-Schulen. «Die Reform ist ein Lehrstellen-Killer», sagte jüngst eine Fachfrau der betrieblichen Ausbildung, die nicht namentlich genannt werden wollte, gegenüber dem Portal «Watson». Dass sie sich anonym äussert, habe mit einem Maulkorb zu tun, der den Lehrkräften der Zürcher KV-Schulen in dieser Problematik offenbar angehängt worden sei, wie «Watson» berichtet.

Erschwelter Zugang

Störend an der Reform ist einerseits der erschwerte schulische Zugang zu einer dreijährigen KV-Lehre, da die Anforderungen an die Minimalnoten erhöht werden. **Daniela Schüpbach**, Leiterin der KMU Lehrbetriebsverbund AG, erachtet diese Schwelle als problematisch. «Es gibt neben den Noten andere Kriterien wie die Sozialkompetenz oder die praktischen Fähigkeiten, die es zu

berücksichtigen gilt.» Berger ergänzt, dass die Reform zu einer «Zwei-Klassen-Gesellschaft» führen wird und es schulisch schwächeren Kandidaten oder «Spätzündern» künftig kaum mehr möglich sein würde, überhaupt eine Ausbildung «Kaufmann/frau» mit EFZ-Abschluss zu starten. Es müsse möglich bleiben, dass sich die Jugendlichen innerhalb ihrer Ausbildung entwickeln können. «Eine Lehre muss machbar bleiben und beidseitig zu einem Erfolgsergebnis führen.»

Kompetenzen statt Fachwissen

Kritik gibt es auch am Vorhaben, wichtige Kernfächer einer KV-Ausbildung künftig durch sogenannte Handlungskompetenzen zu ersetzen, die sich zum Beispiel «Gestalten von Kunden- und Lieferantenbeziehungen» oder «Interagieren in einem vernetzten Arbeitsumfeld» nennen. Das Finanz- und Rechnungswesen jedoch soll künftig kein Pflichtfach mehr sein, und nur noch eine Fremdsprache wäre obligatorisch.

Deutsch steht gar nicht mehr auf dem Lehrplan, dafür wird bei den Zulassungsvoraussetzungen «sehr gutes Deutsch» verlangt. Diese Entwicklung wird von vielen skeptisch beäugt, da sie die eigentlichen Grundbedürfnisse im kaufmännischen Bereich in den Hintergrund rückt. «90 Prozent der Ausbildungsbetriebe sind einfache KMU, deren



Die Ausbildung in KV-Berufen soll sich markant verändern. Doch es gibt Kritik. Bild: Unsplash

Anforderungen es zu berücksichtigen gilt», sagt Urs Berger. Er fordert deshalb einen viel umfassenderen und vertiefteren Reformentwicklungsprozess unter Einbezug aller Player, der auch die stärkeren Anforderungen an die digitalen Kompetenzen berücksichtigt.

Einfluss auf Ausbildungsbetriebe

Klar ist für ihn, dass selbst ein auf 2023 verschobenes Reformziel zu knapp bemessen ist. Neben der Wirtschaft ist, nimmt man das bisherige mediale Echo wahr, auch die Lehrerschaft im KV-Bereich kaum in den Reformprozess einbezogen worden.

Im Jahr 2019 haben gesamtschweizerisch rund 13 000 Lernende in 21 verschiedenen KV-Berufen eine Aus-

bildung in Angriff genommen, dieser Ausbildungsweg ist nach wie vor äusserst beliebt. «Die Ideen der Reform würden die KV-Lehre erheblich abwerten», ist Urs Berger überzeugt. Und die aktuellen Unsicherheiten könnten auch auf die Lehrbetriebe den negativen Einfluss ausüben, dass diese eher auf KV-Lernende verzichten würden, wenn sie die Rahmenbedingungen nicht genau kennen und ihre eigenen Bedürfnisse zu wenig gut abgedeckt sind. Die Baselbieter Wirtschaft habe trotz Coronakrise ihre Verantwortung wahrgenommen und bietet auch 2021 genügend Lehrstellen an. Dies auf Spiel zu setzen, sei unverständlich, findet Berger. «Die Reformgruppe hat die aktuelle Situation nicht erkannt.» Daniel Schaub